Krakauer Zeitung.

Nr. 281. Samstag den 9. December 1865.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel und Hamburg, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

ad 5967/F. M.

Nachdem die, am 27. November 1865 an den verschiedenen Subscriptionsorten erfolgten Einzeichnungen auf das, laut Kundmachung des k. k. Finanz-Ministeriums vom 25. November aufgelegte Anlehen die Zahl der zu emittirenden Obligationen überschritten haben, so tritt eine Reduction der Einzeichnungen in folgender Weise ein:

Einzeichnungen auf nicht mehr als fünf Obligationen unterliegen keiner Reduction.

Alle übrigen Einzeichnungen werden um 20 Percent reducirt, wobei jeder Bruchtheil von $^4/_{10}$ einer Obligation oder darüber den Anspruch auf eine ganze Obligation gibt, während die Bruchtheile unter $^4/_{10}$ einer Obligation außer Acht zu lassen sind.

Die, den Subscribenten in Folge der Reduction ihrer Einzeichnungen zu Guten kommenden Barbeträge werden ihnen bei der zweiten, zwischen 10. und 15. December 1865 mit 50 Franken oder 20 Gulden österr. Währung in Silber per Obligation zu leistenden Einzahlung auf die Anzahl der ihnen definitiv zuzuweisenden Obligations-Stücke eingerechnet.

Vom k. k. Finanzministerium.

Wien, am 7. December 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. December d. J. dem Hofrathe bei der Statthalterei in Böhmen Adalbert Freiherrn von Henniger und dem Statthaltereirathe Johann Neubauer in Anerkennung ihrer vieljährigen vorzüglichen Staatsdienstleistung ersterem das Ritterkreuz des Leopold-Ordens, letzterem den Orden der eisernen Krone dritter Classe mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Gutsbesitzer in Ungarn Sigmund Döry von Jobbaháza die k. k. Kämmerers-Würde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. December d. J. den Ministerialrath des k. k. Finanzministeriums Ignaz Schwarz Edlen v. Schwarzwald auf dessen Bitte unter Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung in den dauernden Ruhestand allergnädigst zu versetzen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Cabinetschreiben vom 25. November d. J. dem Legationsrathe bei der k. k. Botschaft in Paris Rudolph Grafen Mülinen den Orden der eisernen Krone zweiter Classe mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat dem Staatsanwalte in Belluno Dr. Franz Zangiacomi die angesuchte Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu dem Landesgerichte in Treviso bewilligt und den Oberstaatsanwaltsstellvertreter in Venedig Carl Rosi zum Staatsanwalt in Belluno ernannt.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Vorstand der Centralkanzlei im Kriegsministerium Oberst Heinrich Schroth v. Rohrberg, des Infanterieregiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, zum Generalmajor, mit Belassung in seiner gegenwärtigen Anstellung und mit Vorbehalt des Ranges für seine beförderungsfähigen Vorderleute;

der Corpsadjutant Oberstlieutenant Arnold Köveß v. Aszód und Harkály, in der Rangsevidenz des Husarenregiments Carl I. König von Württemberg Nr. 6, zum Stellvertreter des Vorstandes der dritten Abtheilung im Kriegsministerium, und

der Rittmeister erster Classe Eduard Leipold, des Kürassierregiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, zum Major im Regimente.

Uebersetzungen:

Der Platzmajor zu Palmanuova Carl Edler v. Belten in gleicher Eigenschaft nach Venedig zurück, und

der Platzmajor zu Venedig Carl Ritter v. Leidl in gleicher Eigenschaft nach Palmanuova.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 9. December.

Die Landtagsadressen.

* Die Adressen und Adreßdebatten bildeten in letzten Tagen den Hauptstoff journalistischer Besprechungen und obgleich wir heute noch nicht die Bilanz der Adreßwirkungen abzuschließen vermögen, so können wir doch nicht umhin, vorläufig die Urtheile und Aussprüche der Wiener Presse über den bisherigen Vorgang zu summiren. Die „Reform" constatirt, daß die mehr oder weniger directen und offenen Proteste gegen das kaiserliche Manifest vom 20. September, die in einigen Landtagen beantragt worden sind, in der Bevölkerung offenbar nicht die Wirkung gemacht haben, welche beabsichtigt sein mag. „Wenn die mit dem Septembermanifeste Unzufriedenen", schreibt dieses Oppositionsblatt, „diese Unzufriedenheit bis zum Ausspruch einer förmlichen Rechtsverwahrung steigerten, so konnte das an und für sich ohne Tadel geschehen, wofern dabei nicht durch die Form die Ehrfurcht verletzt wurde, die man dem Monarchen, mit dem man es hier doch unmittelbar zu thun hat, unter allen Umständen schuldigt. Die Centralisten sind aber viel weiter gegangen. Sie wollen die ganze Februar-Verfassung als solche aufrecht halten, selbst in dem Theile, in welchem sie sich als unausführbar erwiesen hat. Die Anträge der centralistischen Opposition sind freimüthig, aber durchaus nicht freisinnig. Die Anträge derselben sind gerade zu kriegerisch gegen die nichtdeutschen Völker Oesterreichs gerichtet, aber sie sind zugleich gefährlich und verderblich für die deutschen Oesterreicher." In Voraussicht dessen richtete das „Frmdbl." an die deutsche Verfassungspartei die Bitte: „sie möge schweigen, da für sie heute Schweigen Gold, Reden aber nicht Silber, sondern schweres, glanzloses Blei, dessen Gewicht uns immer tiefer in den Strudel des Unfriedens und der Verfassungslosigkeit hineinreißen kann." „Die Heißsporne der alten Reichsrathspartei", schreibt dieses Blatt, „unfähig gegenüber einem großen, gemeinsamen Ziele die eigene Lust des raisonnirenden Fleisches zu bezähmen und die eitle Superklugheit einer parlamentarischen Clique haben sich wieder eines politischen Wortes bemächtigt, welches in seinen principiellen Grundideen der Würde und Bedeutung des deutschen Elements in Oesterreich entspricht und in seiner Durchführung ohne Zweifel einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf die gesammte Bevölkerung, wie auf die Regierung hervorbringen mußte. Unsere Bitte geht somit aus der wahrhaften Besorgniß hervor, es könnten besonders im niederösterreichischen Landtage Reden und Dinge sich ergeben, welche nimmer der gemeinsamen Sache des guten Rechtes, welches vertheidigt werden soll, förderlich sein können." Das „Frmdbl." ertheilt weiter den Rath, zu gestehen, daß „diese Reichsrathspartei auf einem durchlöcherten Rechtsboden gestanden" und daß „sie bei einem Rückzuge nicht wieder einen Sieg heuchle, wo sie sich selbst eine Niederlage gestehen muß"; es räth weiter, „den Gedanken des weiteren Reichsraths und das im Februarpatente darauf bezügliche Recht bis zu jenem Zeitpuncte, wo eine Vereinbarung darüber mit Ungarn getroffen sein wird, selbst zu sistiren", indem „es nichts nützt, vor den Blößen eines dahingeschiedenen Systems die Augen zu schließen." „Sie liegen", schreibt das „Frmdbl.", „vor der ganzen Welt offen da und diese Welt hat vollkommen genug an den Täuschungen, die sie von allen Seiten erfahren. Endlich muß es licht und klar werden unter uns und man verlange nicht, daß die Regierung offene Farbe bekenne und unverhüllt ihre Plane auf den Markt trage, so lange man sich selbst darin gefallen will, als compacte Parteien zu erscheinen und große Politik zu treiben mit Elementen, die nie ehrlich zusammengehörten." Der „Wanderer" glaubt, die Februarverfassung habe an die fünf Jahre gegolten und sie hat das Schicksal gehabt, von ihren wärmsten Freunden und Anhängern als locker und lose erkannt, um nicht zu sagen, verleugnet zu werden. Ein Wunder müßten wir es nun nennen, wenn nach solchen Erfahrungen die amende honorable vollzogen würde, nach der man in Landtagsadressen und Protesten verlangt, ohne anzugeben, wie sie mit Anstand, mit Aussicht auf Erfolg zu vollziehen sei, ohne eine andere Perspective zu eröffnen, als die der Wiederholung eines Versuchs, der durch Jahre fruchtlos angestellt worden! „Und darum, glaubt der „Wanderer", wäre an dem gesunden Sinn einer Regierung zu verzweifeln, wenn bei ihr auf einen solchen Vorschlag nicht alle Beredsamkeit verschwendet wäre." In der heutigen Nummer, meint der „Wandr.", ständen wir nach einer Epoche von Gestaltungsexperimenten nochmals vor einem Appell an die Nationalitäten oder besser an die Bevölkerung in ihren staatlichen Gruppen. Und für diese Epoche, wo Versöhnung allein Rettung ist, wird ein Ungewitter von Feindseligkeiten aufgeboten! „Wenn nun der Zerfall Oesterreichs von Niemanden gewünscht wird, welche Politik, frägt dieses Blatt, bleibt den Parteien der Regierung, als: die Politik des Compromisses?" Die „Presse" ist durch das Verhalten der deutschen Landtage nicht vollkommen befriedigt und sie würde es lieber geschen haben, wenn sich die Landtage mehr mit der Februar-Verfassung und weniger mit dem Ausgleich beschäftigt hätten. „Bis jetzt", schreibt die „Presse", scheint uns der innerste Kern der schwebenden Verfassungsfrage zu wenig hervorgehoben worden zu sein und dieser Kern ist offenbar die Rücksicht auf Recht und Wohlfahrt der deutschen Nationalität." Dem entgegen erachtet aber die „Debatte" den Ausgangspunct als unglücklich gewählt, von dem man für das, was man das bedrohete Recht der Deutschen nennt, in die Schranken trat. Und unglücklich war die Taktik, mit welcher man jenes zu vertheidigen sucht. Es war daher ein verfehltes Beginnen in jene Frage, welche das Verhältniß von Land zu Land bezüglich zum Gesammtreiche berührt, das Nationalitätsprincip hineinzutragen." „Eine weitere Erwägung", schreibt die „Presse", ist die, daß nachdem es hartnäckigen Widerstand gegen ein verfehltes System gilt, die Opposition sich dadurch abschwächen würde, wenn sie sich der Mühe unterzöge, zugleich dem Ministerium aus der Verlegenheit helfen zu wollen" — und die „Pr." gibt somit offen der Befürchtung Raum, die Landtage könnten schließlich dennoch sich eines Bessern überzeugen lassen und in die Action der Regierung gemeinschaftlich eintreten. Wenn nun aber die „Pr." weiter schreibt, „nicht die ungarische Rechtscontinuität haben wir zu plaidiren oder zu leugnen, allerdings aber die unsere mit unbeugsamer Energie zu behaupten", so glauben wir der „Presse" die Worte des „Wanderer" entgegenhalten zu müssen, daß, „wo zwei Rechtscontinuitäten sich einander schroff gegenüberstehen, die Eventualität sehr nahe ist, daß beide einander aufreiben und der Sieg denen gehört, die von Recht und Einheit nichts wissen wollen." „Die Zahl solcher", sagt der „Wanderer", „ist bei uns noch groß genug und ihre Macht reicht vielleicht gerade hin, sie eine kurze Zeit neuer Herrlichkeit genießen zu lassen, nach der das Chaos erst recht kommt". Die „Const. Oesterr. Ztg." will politische Thaten und nicht parlamentarische Kunststücke und Escamotage. „Mit der Februar-Verfassung, schreibt sie, ist die Probe gemacht worden, neben der Freiheit der Individuen auch die Freiheit des Reiches auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Probe hat sie nicht bestanden und die Hände des Volkes selbst werden jetzt die Steine des neuen Baues zusammentragen und werden sie nehmen, wo sie sie finden." Liegt darin nun der Grund des Mißtrauens zu einer Regierung, die das Verfassungswerk im Wege freier Vereinbarung auf solide, dauerhafte Grundlagen gestellt wissen will, damit es jedem Sturme widerstehen könnte? Die „N. Fr. Presse" verkennt die schwierige Lage der Regierung gegenüber der durch die Staatsmänner der verflossenen Periode zum Mißtrauen erzogenen deutschen Partei in Oesterreich keineswegs und sagt in sentimentalem Tone, „es sehne sich im Grunde ihres Herzens keine Partei im ganzen weiten Reiche mehr darnach, daß der Friede im Lande endlich hergestellt werde, als die deutsche; keine leide unter den unsicheren Verhältnissen mehr, als gerade sie; keine sei williger, zu jedem möglichen Ausgleiche die Hand zu bieten, als sie; und keine wäre daher vom Ministerium auch leichter zu gewinnen, als sie." Allein, indem sie vorschützt, „sie sei es, die so viel Enttäuschungen erfahren und welche am meisten von allen unter den Nachwehen der irrenden Staatskunst der letzten zwei Jahrzehnte gelitten hat", das vermag noch keineswegs, ein Mißtrauen in die gegenwärtige Regierung zu rechtfertigen und deshalb müssen wir nach alledem das Vertrauen zu der Regierung in unserem Herzen fortnähren, daß sie die Leitung unseres Verfassungsbaues in sicherer Hand zu behalten wisse und vertrauen auch den Völkern, daß sie die Opfer auch bringen werde, die sie an ihren gegenseitigen Rechten einander und dem Reiche zu ihrem eigenen Besten zu bringen haben. Im Weiteren meint die „Morgenpost", daß weder durch die Debatte, noch durch Adressen etwas Positives erreicht wird. Darum handle es sich in erster Linie auch nicht. „Politische Processe von solcher Größe und Wichtigkeit werden nicht an einem Tage, nicht durch eine Debatte und nicht durch vereinzelte Adressen zum Ausbruch und zur Entscheidung gebracht."

Uebrigens haben einige Landtage bereits ihre Aussprüche gethan. Der böhmische Landtag hat Thun's Adreßentwurf mit Beseitigung des von dem Abgeordneten Herbst gestellten Protestantrages angenommen, der mährische Giskra's Resolution zu Gunsten der Februar-Verfassung verworfen, der Landtag von Istrien eine Dankadresse an Se. Majestät beschlossen. Aehnliches erfolgte von Seiten des galizischen Landtages.

Der in der letzten Nummer erwähnte Artikel der „Wiener Abend-Post" über die Gerichtsbeamten und deren Stellung als Landtagsabgeordnete lautet:

Vielseitig ist die Frage angeregt worden: ob es für ein Mitglied des österreichischen Richterstandes räthlich ist, das Mandat in einem Landtage anzunehmen und man kann nach Verschiedenheit des Standpunctes, von welchem aus diese Frage aufgefaßt wird, allerdings auch verschiedene Ansichten darüber hegen; aber selbst diejenigen, welche vielleicht aus Zweckmäßigkeitsgründen diese zwei Stellungen für vereinbar erklären, werden die Schwierigkeiten nicht verkennen, in welche der Richter und Landtagsabgeordnete häufig bezüglich der Pflichten gerathen wird, die ihm diese doppelte Stellung auferlegt. Denn abgesehen davon, daß der Richter in dem vorgeschriebenen Diensteid ausdrücklich schwört: „an den allerhöchst vorgezeichneten Regierungsgrundsätzen unverbrüchlich festzuhalten", während er als Abgeordneter im Wesentlichen jene politischen Anschauungen zum Ausdrucke und zur Geltung bringen soll, denen seine Comittenten huldigen, wird sich ein solcher Richter kaum der gegründeten Besorgniß verschließen können: daß er für seine richterlichen Amtshandlungen, mit oder ohne Grund, das Vertrauen aller Parteien wesentlich beeinträchtigt, welchen er als Abgeordneter auf dem politischen Felde entgegentrat. Allein der Richter vermag wenigstens das für sich geltend zu machen, daß er ja eben als Richter nur an das Gesetz gebunden ist und daß, wenn er sich nur bei seinen richterlichen Abstimmungen und Entscheidungen nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung auf dem Boden des Gesetzes bewegt, er dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Ganz anderer Art ist das Verhältniß, in welchem der staatswissenschaftliche Functionär und namentlich der Oberstaatsanwalt zu der Regierung steht. In dem Kronlande, für welches er bestellt wurde, ist er das Auge des Gesetzes, aber auch das Organ des Justizministers; er schwört in seinem Diensteide sich in allem genau nach den ihm ertheilten Instructionen zu benehmen, für deren gewissenhafte und unbedingte Befolgung er nach klarer Weisung der Gesetze dem Justizminister verantwortlich ist. Ihm steht es daher nicht zu, auf eigene Hand Politik zu treiben, noch weniger kann es ihm gestattet sein, als Landtagsabgeordneter jene politischen Grundsätze öffentlich anzugreifen, für welche er als Organ des Ministers einzustehen verpflichtet ist. Das kaiserliche Manifest und das kaiserliche Patent vom 20. September d. J. wurden den Landtagen sämmtlicher Königreiche und Länder mitgetheilt; Beweis genug, daß die Räthe der Krone die öffentliche Würdigung dieser Staatsacte nicht scheuten, ja daß sie selbst vor den theilweisen Angriffen auf dieselben nicht zurückschreckten. Solche Angriffe können aber nur von Männern ausgehen, welche in ihren politischen Bestrebungen keine anderen Pflichten als die ihres Mandates zu erfüllen haben, die keinen anderen Richter als den ihres Gewissens anerkennen. Unmöglich kann aber die kaiserliche Regierung dulden, daß sich denjenigen, welche in den erwähnten Staatsacten eine vom Ministerium ausgegangene Rechtsverletzung erblicken, auch Männer beigesellen, die dazu berufen sind, die politischen Grundsätze eben dieses Ministeriums zu vertreten, nach den von ihm erhaltenen Instructionen zu handeln. Der Einklang zwischen zwei so verschiedenen Pflichtenkreisen kann nicht erzielt — der Widerspruch zwischen beiden aber von keiner Regierung geduldet werden, die sich achtet und ihre Action selbst nicht lähmen will.

Der siebenbürgische Landtag hat, wie nun aus Klausenburg gemeldet wird, mit überwiegender Majorität beschlossen, Se. Majestät zu bitten, Siebenbürgen an den ungarischen Landtag zu berufen und daselbst die Revision des Unionsartikels vornehmen zu lassen. Das Telegramm des telegr. Bureau's spricht zwar von Sonderstellungen der Sachsen und Rumänen. Nach einem Telegramm der „Debatte" haben jedoch sowohl Sachsen als Rumänen mit den Magyaren und Szeklern gestimmt. Es dürfte daher wohl ein Minoritätsvotum, nie aber ein Votum der Sachsen oder Rumänen in ihrer Gesammtheit zu gewärtigen sein.

Aus der „Gazeta narodowa" wurde vor Kurzem die Mittheilung nach Wien telegraphirt, daß sich die österreichische Regierung in Petersburg dafür verwendet habe, daß die wegen Betheiligung am polnischen Aufstande von den russichen Kriegsgerichten verurtheilten österreichischen Polen amnestirt und in ihre Heimath entlassen werden sollen. Ferner wurde hinzugefügt, die russische Regierung habe dieser Intervention ein günstiges Gehör gegeben und ein betreffender Ukas stehe schon demnächst bevor. Nach der „Debatte" ist diese Mittheilung der „Gazeta narodowa", wie die Dinge bis jetzt stehen, leider nur in ihrem ersten Theile richtig. Die österreichische Regierung hat allerdings und zwar zu wiederholten Malen, zu Gunsten jener Verurtheilten ihre diplomatische Verwendung eintreten lassen; die russische Regierung hat bis jetzt jederzeit mit einer bestimmten Weigerung darauf geantwortet.

Die preußische ministerielle „Prov.-Corr." schreibt: Die österreichischen und preußischen Verhandlungen über die Herzogthümerfrage haben seit dem Gasteiner Vertrage vollständig geruht. Die Zeitungsangaben über Anträge und Vorschläge Preußens oder Erklärungen Oesterreichs seien völlig erfunden; weder schriftlich noch mündlich habe ein Austausch über Erledigung dieser Angelegenheit stattgefunden. Ebenso seien alle Mittheilungen von einer beabsichtigten außerordentlichen Sendung nach Wien grundlos.

Die „Spener'sche Zeitung" dementirt die von der Wiener „Presse" gebrachte Nachricht von Briefen, welche letzthin Graf Bismarck an Kaiser Napoleon und Minister Drouyn geschrieben haben soll.

Die Nachricht, als seien wegen der Frankfurter Noten-Affaire die Verhandlungen zwischen Wien und

Berlin gänzlich abgebrochen, ist nach dem „Fremdenblatt“ falsch. In diesem Augenblicke ruht die Sache nur, weil bis zur Stunde noch keine Antwort auf die diesseitige Note vom 23. November angelangt und weil laut in Wien eingetroffenen Privatnachrichten Baron Werther bei seiner Rückkehr von Berlin auch in obiger Angelegenheit Instructionen mitbringt, um dieselbe einer endgiltigen Entscheidung zuzuführen. Des Weiteren wird er bezüglich einiger anderer Elb-Herzogthümer-Fragen, z. B. auch in der Flaggenfrage in Folge der vom Grafen Bismarck erhaltenen Weisungen, pourparlers mit dem Grafen Mensdorff einleiten.

Die Aussöhnung zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Kaiser scheint noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, als man geglaubt hatte. Prinz Napoleon ist von Toulon nicht nach Paris, sondern über Lyon auf sein Landgut Prangins in der Schweiz gegangen. Er wird sich also nicht unter der vierten Serie der nach Compiègne geladenen Gäste befinden.

Die Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen Italien und dem Zollvereine wird in Florenz noch vor Schluß des Jahres erwartet. Der nach dem Muster des englisch-deutschen Vertrages redigirte Entwurf werde in diesem Augenblicke von der Regierung einer letzten Prüfung unterworfen. Die Regierung von Florenz sei nach erfolgter Anerkennung durch Baiern und Sachsen allerdings bereit, den Vertrag mit Preußen als dem Bevollmächtigten des Zollvereins sofort zu unterzeichnen, er könnte ihrer Ansicht zufolge jedoch erst in Kraft treten nach der Ratification von Seiten aller Staaten. Ein neues preußisches Circular werde den widerstrebenden Staaten unter diesem Gesichtspuncte noch einmal die Rücksicht auf die deutschen Handelsinteressen ans Herz legen.

Nach Berichten aus Bukurest, 6. December, wurde der Minister der Minister des Aeußern vom Fürsten ermächtigt, mit Bevollmächtigten der österreichischen und russischen Regierung einen Vertrag über die freie Schifffahrt auf dem Pruth abzuschließen.

Wie es sich herausstellt, hat Fürst Cusa ernstlich besorgt, daß der Kaiser der Franzosen entschlossen sei, ihn fallen zu lassen. Nachdem das bekannte Veziralschreiben in seine Hände gelangt war, sandte er, wie der „Debatte“ berichtet wird, seinen Vertrauten Katakuzeno zunächst nach Konstantinopel zu seinem Protector, dem Marquis de Moustier und von da nach Frankreich, um zu begütigen und Besserung zu geloben. Indessen scheint Napoleon III. inzwischen zur Erkenntniß gekommen sein, daß einen eingeborenen Fürsten (es war bekanntlich von Bibesco die Rede) für Cusa einsetzen, nichts anderes heißen würde, als den Teufel durch Beelzebub vertreiben, während die Besetzung des rumänischen Thrones mit einem Prinzen aus einer der europäischen Dynastien unfehlbar ernste Verwicklungen herbeiführen müßte. Unter diesen Umständen, meint man in den Tuilerien, sei Cusa noch immer der mindest Unbequeme. Nachdem aber Fürst Cusa die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß Frankreich seinen Sturz nicht wolle, beantwortete er das Veziralschreiben in dem bekannten hochmüthigrn Tone. Im übrigen ist's auch ein österreichisches Interesse, daß gegenwärtig nicht Hand gelegt werde an eine Revision des Werkes des Pariser Friedens.

Officiösen Pariser Mittheilungen zufolge hat Shoffield keine besondere Mission. Shoffield ist aus Gesundheitsrücksichten nach Europa gekommen und wird daselbst einen längeren Aufenthalt nehmen.

Nach Berichten aus Chili ist der Secretär der chilenischen Kammer Herr Maquena in außerordentlicher Mission nach den Vereinigten Staaten abgereist. Wie verlautet, soll er um den Schutz des Washingtoner Cabinets für sein Land nachsuchen. Die Pariser „Presse“ erblickt darin ein sehr ernstes Ereigniß und eine Pforte, die sich für Anwendung der Monroe-Doctrin weit eröffne und sie dürfte mit dieser Ansicht nicht so Unrecht haben.

Landtagsverhandlungen.

[8. Sitzung des galizischen Landtages am 5. Dezember 1865.] Der Landmarschall Fürst Sapieha eröffnet die Sitzung um ¼12 Uhr. Anwesend: 13 Abgeordnete.

Von Seite der Regierung: der k. k. Regierungs-Commissär, Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung theilt der Landmarschall mit, daß sich die Gemeindegesetz-Commission constituirt hat und der Secretär Grocholski eröffnet, daß Graf Gołuchowski zum Obmanne, Graf Adam Potocki und Feliczian v. Laskowski zu dessen Stellvertretern, Zakrzewski und Ludw. Graf Wodzicki zu Schriftführern gewählt wurden.

Auch die Petitionscommission hat sich bereits constituirt; Obmann derselben ist v. Boczkowski, Stellvertreter Huppen, Schriftführer Nehrebecki, Mitglieder: v. Szemelowski, v. Kozłowski, v. Gniewosz, v. Kaczkowski, v. Żuk-Skarzewski, Ustyanowicz und Dr. Zyblikiewicz.

Hierauf liest der Secretär eine Reihe von Petitionen vor, die meisten derselben rühren von den Stadten Przeworsk, Łańcut, Głogow, Ulanow, Żołynia, Brzostek, Sędziszow, Krosno, Kańczuga &c. her, welche eine Aenderung der Landtags-Wahlordnung ansuchen. In den anderen Petitionen wird um Steuernachlaß und um Unterstützungen aus Anlaß des Nothstandes gebeten.

Der Landmarschall beantragt die Ueberweisung der letzterwähnten Gesuche an die schon constituirte Nothstands-Commission

Dr. Smolka glaubt, daß alle Petitionen ohne Unterschied an die Petitionscommission zu gehen haben, welche dieselben zu prüfen und an den gehörigen Ort zu leiten hat, womit sich auch das Haus einverstanden erklärt.

Der Secretär verliest ferner das Gesuch der Abgeordneten Dwoliński, Lepkaluk und einiger anderer Landleute wegen Vergütung der früher bestrittenen Reiseauslagen zum Landtag.

Der Landmarschall verkündet, daß der neu gewählte Landtagsdeputirte k. k. Schulrath Ritter v. Kulczycki anwesend ist, und theilt denselben der V. Section zu.

Sodann verliest Secretär Grocholski folgenden Antrag des Dr. Zyblikiewicz und 14 Abgeordneten:

„In Erwägung, daß der Gf. Skarbek'sche Armen- und Waisen-Stiftungsfond in Drohowyże nicht entsprechend verwaltet wird, — in Erwägung, daß die Theater-Vorstellungen denselben gefährden, in Erwägung, daß die Stadt Lemberg, welche durch einen Vertrag mit dem verstorbenen Grafen Skarbek gebunden ist, den Fond von diesen Lasten befreien könnte; wolle der h. Landtag beschließen:

„1. Unter Vermittlung des Landesausschusses mit der Stadt Lemberg in Verhandlung zu treten, damit dieselbe den Fond von den erwähnten Lasten wenigstens auf so lange befreie, bis die Stiftung ins Leben getreten sein wird.

2. Die Fondsverwaltung aufzufordern, damit sie mit den Theater-Unternehmern keine über ein halbes Jahr dauernde Verträge eingehe.

3. Diesen Antrag der Landesfonds-Commission mit dem Auftrage zu übergeben, binnen 4 Tagen ihre Anträge dem Hause vorzulegen.“

Der Landmarschall sagt die Drucklegung und Vertheilung dieses Antrages zu, worauf Secr. Grocholski einen von Dr. Zduń und 18 Abgeordneten der Landgemeinden eingebrachten Antrag in Betreff der Einführung der Grund- und Hypotheken-Bücher auf dem Lande und für Städte, wo dieselben noch nicht bestehen, verliest. Die Antragsteller begründen ihren Antrag mit der Nothwendigkeit der Sicherung des Besitzes und des Credits. — Der Antrag wird gedruckt und unter die Abgeordneten vertheilt werden.

Abg. Kirchmajer bittet um einen 14tägigen Urlaub und legt ein Krankheitszeugniß vor.

Der Landmarschall frägt, ob das Haus den Urlaub bewilligt. Dr. Landesberg beruft sich auf die Geschäftsordnung, daß sobald ein Krankheitszeugniß vorliegt, eine Bewilligung von Seite des Hauses nicht erforderlich ist und daß eine einfache Verständigung des Hauses genügt.

An der Tagesordnung stehen die Regierungsvorlagen in Betreff der Schul-, der Kirchen- und der Straßen-Concurrenz. Die betreffenden Gesetzentwürfe befinden sich bereits gedruckt in den Händen der Abgeordneten. Das Haus wünscht daher die erste Lesung derselben nicht und der Landmarschall befragt das Haus, an welche Commission selbe zu leiten wären.

Dr. Zyblikiewicz wünscht, daß sie als rein administrative Angelegenheiten an den Administrationsausschuß abgetreten werden.

Abg. Ruczka schlägt vor, daß für den Entwurf des Kirchen- und des Schulconcurrenz-Gesetzes eine besondere Commission, der Straßenconcurrenz-Gesetz-Entwurf dagegen dem Administrationsausschusse zugewiesen werde. Dieser Antrag wird hinreichend unterstützt und bei der Abstimmung von der Versammlung angenommen.

In Betreff der Wahl der Commission selbst beantragt Abg. Ruczka eine Commission aus 10 von den Sectionen zu wählenden Mitgliedern. Abg. Grocholski glaubt, daß sich diese Commission mit keinen principiellen Angelegenheiten zu befassen, sondern die Sache nur vom Standpuncte des Rechtes und der Gerechtigkeit zu prüfen haben wird, daß daher eine Commission aus 5 Mitgliedern genügen dürfte. — Die Versammlung schließt sich auch dieser Ansicht an.

Die Regierungsvorlage betreffend die Straßenconcurrenz wurde an den Administrationsausschuß überwiesen.

Abg. v. Pietruski liest darauf die am zweiten Platze der Tagesordnung stehenden drei Anträge des Landesausschusses vor, welche dieselben Gegenstände und zugleich die Versicherung der Kirchen- und Schul-Baulichkeiten gegen Brandschaden betreffen. Diese Anträge werden den betreffenden Commissionen zugetheilt.

Hierauf schreitet das Haus zur ersten Lesung des Antrages des Abg. Cichorz in Betreff der von Bauern ausgestellten Wechsel. Derselbe wird auf Antrag des Abg. Ludw. v. Skrzyński an die juridische Commission überwiesen. Der Antrag des Abg. Kobylarz, betreffend die obligate Feuerassecuranz, geht an den Administrationsausschuß, und der Antrag des Abg. v. Smarzewski über Theilung und Commassirung der Rusticalgründe, wird nach einer längeren Discussion auf Antrag des Dr. Kabath an die juridische Commission geleitet. Der Antrag des Abg. Kmietowicz in Betreff der Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten wird dem Administrationsausschusse zugetheilt. Sämmtliche Antragsteller haben ihre Anträge selbst befürwortet.

Hierauf wird zur Wahl von vier Secretären geschritten und zu diesem Behufe die Sitzung auf eine halbe Stunde suspendirt. Die Wahl wurde nach Sectionen vorgenommen, es erhielten aber bei der Abstimmung nur die Abgeordneten v. Kulczycki und Grocholski die absolute Majorität, worauf die Wahl der noch fehlenden 2 Secretäre vorgenommen wurde. Der Landmarschall bestimmt sodann die Scrutatoren und schließt die Sitzung um 2¼ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag um 11 Uhr. Tages-Ordnung: Bericht über die Wahl zweier Secretäre, Antrag des Abg. Ludwig v. Skrzyński in Betreff der Dotirung der Ackerbauschule in Dublany, Antrag des Abg. Agopsowicz über die Mittel zur Hintanhaltung der Rinderpest, Wahlprüfungen, Berathung der Geschäftsordnung.

Die seit vorgestern Abends eingelaufenen telegraphischen Landtagsberichte lauten:

Lemberg, 7. December. In der heutigen Sitzung wird das Resultat der Secretärsnachwahlen kundgegeben. Gewählt: Ludwig Wodzicki und Paszkowski. Regierungscommissär Possinger legt vor: das Landesbudget; das Grundentlastungsfondsbudget hat einen beträchtlichen Ausfall, der durch Steuerzuschläge zu decken ist. Er beantragt eine schleunige Berathung und gibt die einstweilige Ermächtigung zur Erhebung der bisherigen Steuerzuschläge bekannt; — ferner: Einführung des Sonnenjahres als Administrationsjahr. Die Vorlagen werden vom Landmarschall zur Drucklegung übernommen. Abg. Zduń beantragt, Se. Majestät wegen unentgeltlicher Vertheilung von Salz in den Nothstandsbezirken, Herabsetzung der Salzpreise um ein Drittel im ganzen Lande zu bitten. Der Antrag wird unterstützt. Abg. Skrzyński motivirt seinen Antrag auf Dotirung der agronomischen Schule in Dublany aus Landesmitteln. Der Antrag geht an die Budgetcommission. — Abg. Agopsowicz motivirt den Antrag wegen Maßregeln gegen die Viehseuche; geht an die Administrationscommission. — Die Wahlen Gołuchowski's, Kabats und Koczyński's werden ohne Discussion genehmigt. Hierauf folgte die zweite Lesung und Specialdebatte bezüglich des Reglements für den Landtag und wurden die ersten sechs Paragraphe mit unwesentlichen stylistischen Aenderungen angenommen. Nächste Sitzung Montag.

Czernowitz, 6. Dec. Die Wahl des Landesgerichtsrathes Dr. Pompe als Abgeordneten der Stadt Sereth wird verificirt. Der Landtag beschließt, die Regierung um Befreiung der mit Vorzugsclassen versehenen Bukowina'er Lehramtscandidaten und provisorischen Lehrer vom Eintritte in das Heer zu bitten, ferner der Landeshauptcasse auf sechs Jahre für Besorgung der Cassegeschäfte des Landesfonds jährliche 181 fl. zu zahlen. Die Stadt Czernowitz wird ermächtigt für die Aufnahme in deren Heimatverband eine Gebühr bis 100 fl. zu erheben. Abg. Kovats begründet seinen Antrag auf Erlassung einer Adresse wegen theilweiser Aenderung des Heeresergänzungsgesetzes. Es wird die Wahl eines Ausschusses hiefür vorgenommen. Dem Abg. Prunkel wird der angesuchte Urlaub einstimmig verweigert. Montag kommt der Bericht des Adreßausschusses zur Verhandlung.

Troppau, 7. December. Heute begann die Adreßdebatte. Der Bericht des Beschlusses hebt hervor, daß das Septemberpatent mit den Reichsgrundgesetzen nicht vereinbar, daß der engere Reichsrath sogleich, der weitere Reichsrath baldigst einberufen werden solle. Die Adresse wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Landeschef vertheidigte die Ansichten der Regierung.

Brünn, 6. Dec. Die Resolution von Giskra und Genossen wurde nach der Begründungsrede des Antragstellers, welche eine volle Stunde in Anspruch nahm, mit einer Majorität von 8 Stimmen (51 gegen 43) abgelehnt. Vor der Abstimmung ergriff der Statthalter Freiherr v. Poche das Wort, um die Regierung gegen die vom Antragsteller erhobenen Anklagen und Angriffe in Schutz zu nehmen. Die Sistirung des Februarpatentes — sagt der Stathalter — sei nur eine Consequenz der Vorlage desselben an den ungarischen Landtag und mit dieser Vorlegung wurde eben nur den Bestimmungen des Art. II. des Patentes und dem Allerhöchsten Handschreiben vom 20. October 1860 entsprochen. Von der Linken wurde aber nur jener Vorgang beantragt, welcher bisher beobachtet worden sei, der aber nicht zur Durchführung der Reichsverfassung geführt habe.

Brünn, 7. December. Mehrere Berichte des Landesausschusses wurden speciellen Ausschüssen zugewiesen und diese Ausschüsse gewählt. Der alte Streit über den Wahlmodus wurde heute wieder aufgenommen. Es entspann sich eine Debatte über die Frage, ob der Ausschuß für die Bezirksvertretungen durch den Landtag und den Curien oder durch die Curien aus dem Landtag gewählt, oder ob die ganze Angelegenheit dem reactivirten Gemeindeausschusse zugewiesen werden soll. — Schließlich wurde die Wahl durch den Landtag aus den Curien in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 44 Stimmen beschlossen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Prag, 7. December. Der Oberstlandmarschall ersucht die Obmänner der Commission um baldigen Beginn der Arbeiten. Ueber die formelle Behandlung des in der vorjährigen Session ausgearbeiteten Grundtheilungsgesetzes wird beschlossen, den Gesetzentwurf den Bezirksvertretungen zur Begutachtung vorzulegen, bis dahin die Verhandlungen auszusetzen. — An der Tagesordnung steht: Der Bericht der vorjährigen Commission über das Gesetz zur vollständigen Durchführung der Grundentlastung in Böhmen. Der Gesetzentwurf ist facultativ. Cardinal Schwarzenberg ist dagegen; zu einer allgemeinen Alterirung des Kirchenvermögens halte er weder die Bischöfe, noch sich selbst berechtigt. In gleicher Weise äußert sich Bischof Jirsik. Graf Clam ist entschieden gegen die zwangsweise Aufhebung. Der Statthaltereileiter findet das Gesetz den nothwendigen öffentlichen Rücksichten nicht ensprechend, und stellt für die Specialdebatte Amendements in Aussicht. Nächste Sitzung Samstag.

Prager Telegramme der „Presse“ vom 7. d. melden: Fürst Carlos Auersperg hatte gestern eine längere Besprechung mit Herbst zur Erörterung und Fixirung einer gemeinsamen Haltung im Landtage seitens der verfassungsfreundlichen Großgrundbesitzer und der deutschen Vertreter. Das Verhalten der Adresse gegenüber wurde besonders discutirt. — Graf Taaffe hat neuerdings ein Urlaubsgesuch überreicht; nach kurzer Debatte wurde ihm dasselbe bewilligt; die Großgrundbesitzer und die Deutschen waren dafür weil angeblich der Salzburger Landtag am 20. Dec. geschlossen wird.

Linz, 6. Dec. Heute fand die Verhandlung über den Antrag bezüglich des Septemberpatentes statt. Abg. Kremer als Berichterstatter des Ausschusses stellt die bekannten Anträge. Prälat Stülz von St. Florian und Gesinnungsgenossen: Der Bischof von Linz, Abt Reslhuber, Pflügl, St. Julien, Ratzesberg, Honauer, Hayden, Achleitner und Scherrer stellen im Vertrauen auf das im Septemberpatent enthaltene kaiserliche Wort den motivirten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Der Regierungscommissär erklärt den ersten Theil der Ausschußanträge für incompetent und verfassungswidrig. Dr. Hann spricht für die Ausschuß-Anträge, Hayden dagegen (derselbe wird während seiner längeren Rede ohnmächtig aus dem Saal getragen). Hierauf wird die Sitzung um halb 2 Uhr geschlossen und beginnt wieder um 5 Uhr Abends.

Linz, 6. Dec. In der heutigen vierstündigen Abendsitzung sprechen der Bischof von Linz, Pflügel und Wurm gegen die Ausschußanträge, Eigner, Peßler, Wieser und Figuly dafür. Es wird der Schluß der Debatte beschlossen. Morgen findet die Abstimmung über die Anträge, sodann die Verhandlung über die Adresse statt.

Linz, 7. December. Die Verhandlungen über den Antrag bezüglich des Septemberpatents geschlossen. Der Landeshauptmann schließt die bekannten Ausschußanträge nach §. 35 der Landesordnung von der Abstimmung aus. Alles darüber Gesagte wird als Generaldebatte behandelt. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit 34 gegen 12 Stimmen abgelehnt und hierauf die Adresse mit 35 gegen 10 Stimmen angenommen. Der Landeshauptmann wird mit der Beförderung derselben betraut. Nächste Sitzung Montag.

Salzburg, 7. Dec. Der Bericht des Landesausschusses über den Stand der Verhandlungen mit der Staatsverwaltung bezüglich der Zurückgabe des incamerirten Landtagsvermögens wird vom Landtage entgegengenommen und einem neugewählten Ausschusse zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Dem Antrage, es seien die Erträgnisse des Landesculturfonds vom Jahre 1865 vorzugsweise zur Aufforstung der Privat- und Gemeindewälder zu verwenden, wird die Zustimmung ertheilt. Schließlich Bericht des Petitionsausschusses. Nächste Sitzung Montag.

Graz, 7. Dec. Zur Vertheilung gelangten: Berichte des Landesausschusses betreffend die Systemirung des Personalstatus im Bade Neuhaus und einen Neubau daselbst, über die Organisirung der Verwaltung der Landesversorgungsanstalten, ein Gesetz betreffend die Verpflichtung zur Annahme der Wahl in einen Kirchen- oder Schulconcurrenz-Ausschuß u. s. w. Ueberreicht werden mehrere Petitionen in Betreff der politischen Territorialeintheilung von Steiermark. Der Obmann des Bauordnungsausschusses Frank interpellirt den Regierungscommissär, ob die Regierung eine neue Bauordnung für Steiermark noch in dieser Session vorlegen werde. Der Statthalter beantwortet dies dahin, daß allerdings in Wien zwischen den betreffenden Ministerien Verhandlungen in dieser Beziehung gepflogen werden, er aber über die Vorlage noch keine Auskunft zu ertheilen in der Lage sei. Hierauf vertrauliche Sitzung. Nächste öffentliche Sitzung Montag.

Klagenfurt, 7. December. Die vom Ausschusse vorgelegte Adresse enthält die Bitte um Aufhebung der Sistirung und baldige Einberufung des Reichsrathes. Der Berichterstatter Stieger, dann die Abgeordneten Herbert und Tschabuschnigg sprechen für die Adresse. Der Landeschef vertheidigt die Politik der Regierung. Wegen der in der Verfassung vorhandenen Widersprüche war die Sistirung derselben und Vorlage an den ungarischen und croatischen Landtag nothwendig. Gleichwohl können diese über die Form der künftigen Behandlung der Reichsangelegenheiten keine bindenden Beschlüsse fassen. Daß die Regierung eine unmittelbare Octroyirung nicht wolle, sei im Manifeste ausgesprochen. Redner fordert schließlich zum Vertrauen auf. Bei namentlicher Abstimmung wird die Adresse en bloc mit 28 gegen 5 Stimmen angenommen.

Laibach, 6 Dec. Zur Verhandlung gelangt die Regierungsvorlage über die Gemeinde- und Gemeindewahlordnung. Ueber den Majoritätsantrag des Ausschusses entsteht eine heftige Debatte; die Majorität des Ausschusses beantragt nämlich den bisher beanstandeten §. 24, die Angelobungsformel betreffend, in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Der Statthalter Freiherr von Bach hebt gegenüber dem Minoritätsvotum, welches die neuerliche durchgehende Berathung der Vorlage will, nachdrücklich hervor, daß die Autonomie der Gemeinden in dem Gemeindesetz in ihrer ganzen Consequenz und Schärfe durchgeführt ist und glaubt nicht berechtigt zu sein, im Namen der Regierung in eine Erklärung auf Ausdehnung des Wirkungskreises der Bezirksvertretung eingehen zu können. — Für die Regierungs-Vorlage sprechen die Abgeordneten Baron v. Abfaltern, Kromer und Suppan; dagegen Svetic, Toman und Costa. Bei namentlicher Abstimmung wird die Regierungsvorlage mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen. — Am 9. d. M. beginnt die Verhandlung über der Auersperg'schen Antrag auf Erlassung einer Adresse an Se. Majestät anläßlich des Septembermanifestes.

Klausenbug, 6. Dec. Nach mehrtägiger Debatte wurde heute der Antrags Zeyks: „Sr. Majestät dem Kaiser in einer Adresse für die Wiederherstellung der Rechtscontinuität zu danken und auszusprechen, der Unionsartikel sei ein vollkommenes Gesetz, die Revision desselben nur in Pest möglich, endlich Se. Majestät zu bitten, die sieben-

bürgischen Vertreter nach Pest einzuberufen", angenommen. Die Bedingungen des Abg. Bömches sollen in die Adresse aufgenommen und empfohlen werden. Die Sachsen und Rumänen melden ihre Sondermeinung an.

Das oben erwähnte Telegramm der „Debatte" lautet: Klausenburg, 6. Dec. In der heutigen Landtagssitzung haben die Magyaren und einige Sachsen auf das Wort verzichtet. Comes Schmid sprach unter großen Beifall für die unbedingte Union. Nach beendigter Debatte forderte der Präsident zur Abstimmung über den Antrag Schaguna's auf, bezüglich der Einberufung des Landtages auf Grund des 1863 Wahlgesetzes. Für diesen Antrag stimmen 23; für Ranicher's Antrag, d. i. für die Vornahme der Union auf dem gegenwärtigen Landtage 22. Die übrigen Landtagsmitglieder stimmen für Zeyks Antrag, d. i. Vornahme der Revision der Union auf dem Pester Landtag. Es wird eine Dankadresse beschlossen und zur Redaction derselben geschritten.

Ein Telegramm der „Boh." aus Klausenburg, 6. Dec., meldet: Im Landtag fand heute die Abstimmung statt. Der Antrag Schaguna's, Se. Maj. möge die durch den Hermannstädter Landtag im J. 1848 unterbreitete Landtagsordnung bestätigen und auf dieser Grundlage einen Landtag einberufen, welcher dann die Unionsfrage zu beschließen hätte, wurde abgelehnt. Ebenso wurde der Antrag Rannicher's, die Bedingungen der Union in einem von dem siebenbürgischen und dem ungarischen Landtage zu vereinbarenden gegenseitigen Staatsvertrage zu formuliren und die Rechte der Sachsen in demselben zu garantiren, verworfen. Dafür wurde der Antrag Zeyk's mit allen Stimmen der Magyaren und Szekler, dann mit Stimmen aus der Reihe der Sachsen und Stimmen der Romänen angenommen. Die von Bömche gestellte Bedingung wegen der Wahrung der Rechte der sächsischen Nation soll in die Adresse an Se. Maj. aufgenommen und empfohlen werden. — Die Romänen und Sachsen meldeten Sondermeinungen an.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. December. Se. k. k. Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Laut einer der „Preßburger Ztg." zukommenden amtlichen Verständigung fährt seine Majestät zur Eröffnung des ungarischen Landtags am 12. December, Morgens um 7 Uhr 58 Minuten von Wien mit einem Separatzug ab. In Preßburg sechs Minuten Aufenthalt. Die Ankunft in Pest wird längstens um 2 Uhr Nachmittags erfolgen.

Ein Wiener Blatt brachte gestern, angeblich von guter Seite die Nachricht, daß die Sistirung des Beamten-Avancements in allen Ministerien und Hochstellen beschlossene Thatsache sei. Die „G.-C." verweiset diese Nachricht sammt den daran geknüpften Sistirungsterminen und sonstigen Consequenzen in die Reihe vollkommen unbegründeter tendenziöser Erfindungen.

In Ungarn kommt es aus Anlaß der Wahlen noch immer zu stürmischen Angriffen. In Hatzfeld kam es, wie ein Telegramm der „Debatte" meldet, zu einer blutigen Rauferei, die Nikolitscher Wähler, überstimmt, haben alle Conscriptions- und Wahlprotocolle zerrissen. In Besenyö ist die Wahl ebenfalls durch Excesse unterbrochen. In F. Thot (Comitat Bihar) kam es zwischen Ungarn und Walachen zu blutigen Conflicten. Das Militär mußte interveniren und sogar von seinen Schußwaffen Gebrauch machen, da die Walachen heftigen Widerstand leisteten. Hierbei wurden drei Walachen erschossen und mehrere verwundet. Auch in Szt. Endre konnte der Wahlact nicht ohne Blutvergießen ablaufen. Als nämlich die Schlägerei unter den erbitterten Parteien losbrach, mußten die einschreitenden Soldaten von ihren Waffen Gebrauch machen, wobei drei Personen das Leben einbüßten und mehrere verwundet wurden.

Joseph Zagórski, Apotheker in Währing, wegen Betheiligung am Aufstande in Polen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig erkannt, landesgerichtlich zu drei, obergerichtlich zu sechs Monaten Kerkers verurtheilt, wurde über dessen Gnadengesuch von Sr. Majestät begnadigt und ihm sowohl Strafe als Rechtsfolgen nachgesehen.

Aus Agram, 6. Dec., wird gemeldet: Mehrere Mitglieder der vor einigen Tagen nach Wien abgegangenen fusionistischen Deputation sind Abends von dort hier eingetroffen und wurden am Bahnhofe von einem zahlreich versammelten Publicum empfangen.

Die Nummer des „Pozor" vom 7. d. spricht sich über das von der Deputation der national-liberalen Partei, aus Anlaß ihrer Sr. Majestät überreichten Beschwerdeschrift erzielte Resultat in nachstehender Weise aus: Der Erfolg ihrer Mission sei ein vollkommener; es sei ihr ausdrücklich versprochen worden, daß die durch falsche Interpretation der Geschäftsordnung entstandenen Mängel rectificirt werden. Die diesfälligen Entscheidungen seien jedoch noch nicht zur Reife gediehen, um schon heute veröffentlicht zu werden. Eben aus diesem Grunde seien noch einige Mitglieder des Comité in Wien geblieben, bis der Gegenstand gänzlich der Beendigung zugeführt wird.

Deutschland.

Richard Wagner ist angeblich in München wieder in Aller Mund. Derselbe wird bekanntlich von dem jungen Könige sehr begünstigt; der „Volksbote" behauptet aus sicherer Quelle zu wissen, daß dem Componisten bereits über 190.000 bar ausgezahlt worden seien. Mit seinen weiter greifenden Plänen aber, dem Bau eines Mustertheaters rc. ist R. Wagner in der nächsten Umgebung des Königs auf Hindernisse gestoßen. In Folge dessen hat nun die bairische Fortschrittspresse, welche R. Wagner protegirt, einen heftigen Kampf gegen das Cabinetssecretariat des Königs und insbesondere den Secretär Staatsrath Pfistermeister eröffnet. — Namentlich brachten die Münchener „N. Nachr." dieser Tage einen Artikel, in welchem einzelnen Personen in der Umgebung des Königs offen vorgeworfen wird, daß sie einen unberechtigten und unheilvollen Einfluß auf den Monarchen üben. Gegen diesen Artikel ist nun der k. Cabinetssecretär v. Pfistermeister mit einer Erklärung in der officiellen „Bair. Ztg." aufgetreten. Er sagt, Styl und Gedankengang lassen den Autor sicher erkennen. Der Artikel enthalte manchen werthvollen Wink in den Worten, daß der Wendepunct d. h. die Opposition gegen R. Wagner „von dem Tage an begonnen habe, an welchem Plane für ein großes Mustertheater auftauchten und die Interessen der Civilliste gefährdet erschienen", ferner in den Worten, daß es für die Pläne R. Wagners eines „gründlichen Eingreifens" in das Musik- und Theaterwesen bedürfe und schließlich in dem Satze, daß eine Bethätigung Wagner's „nach außen, nach den weitesten Beziehungen" erforderlich sei. Herr v. Pfistermeister schließt mit den Worten: „Ich werde die Entwickelung der Dinge ruhig abwarten." — Eine Anzahl der angesehensten Bürger von München beschloß, an Herrn von Pfistermeister eine Adresse zu richten, in welcher sie ihm im Angesichte der verschiedenen Angriffe ihr Vertrauen und ihre Hochachtung kundgeben und ihn bitten, „in dem Kampfe, der sich entsponnen hat und der in der Anbetracht der Verhältnisse so schnell sich nicht beendigen dürfte", treu auszuharren auf seiner Stelle, so lange das von zwei Königen ihm gewährte Vertrauen ihn in derselben erhalte. — Ein Correspondent der „Kreuzzeitung" sagt, in München herrsche über alle diese Vorgänge eine Aufregung, die lebhaft an das Jahr 1848 erinnere. Das baierische Nationalgefühl sei durch das Auftreten Wagner's verletzt und auch die Minister hätten sich bereits entschlossen, eine Gesammteingabe an den König gegen den Wagner'schen Einfluß zu richten. (S. Neueste Nachr.)

Frankreich.

Paris, 5. December. Paris beschäftigt sich noch immer in hervorragender Weise mit der Frage des Luxembourg-Garten. Man glaubte, daß die Regierung der so entschieden zu Tage getretenen öffentlichen Meinung gegenüber ihre Pläne aufgeben werde. Dies scheint aber nicht der Fall sein zu sollen und die officiösen Journale führen energisch die Vertheidigung des Regierungsplanes fort. Es soll sich auch beeeits eine Gesellschaft zur Ausbeutung des durch die Vernichtung des Gartens zu gewinnenden Terrains gebildet haben. — Das Project über die Aufhebung der Schuldhaft ist noch immer nicht definitiv festgestellt, jedoch wird die Regierung an demselben festhalten und die streitigen Puncte betreffen im Allgemeinen nur Nebensachen, wie z. B. die Stellung der auswärtigen Schuldner zu dem neuen Gesetze. — Den Pariser Studenten, welche sich an dem Lütticher Congresse betheiligt haben, sollen, während man anfangs zu einer harten Bestrafung der Hauptredner geneigt war, blos einen Verweis erhalten.

Portugal.

Wie das „Journal do Commercio" anzeigt, hat der portugiesische Justizminister in der Deputirtenkammer den Entwurf eines neuen Preßgesetzes vorgelegt. Es wird nach diesem Entwurfe jeder Preßproceß der Entscheidung der Geschwornen entzogen werden.

Belgien.

Ueber die Ausweisung Rogeard's wird der „Trierschen Zeitung" aus Luxemburg geschrieben: Diese Maßregel wird in dem bezüglichen Decret dadurch motivirt, daß Herr Rogeard als Redacteur in der zu Brüssel erscheinenden „La rive gauche, journal international de la jeune république" sich dahin erklärte, er habe sich die Aufgabe gestellt, das Princip der Religion und zugleich das der Monarchie zu bekämpfen, daß mehrere Nummern seines Journals dahin gehende Angriffe enthalten, welche u. A. Beleidigungen eines benachbarten Monarchen in sich schließen, daß endlich Nr. 3 den Apell an die Revolution billige. Herr Rogeard wird einige Tage bei einem Freunde in Trier weilen, dann aber seinen Aufenthalt in England oder Schweiz nehmen.

Großbritannien.

Die Vereidigung der Mitglieder des neuen britischen Unterhauses wird, wie der „Globe" glaubt, vom 1. bis zum 6. oder 8. Februar vorgenommen, dann erst wird die Königin ihre Thronrede halten. Das erste Geschäft des Hauses wird die Sprecher-Wahl sein. Mr. J. Evelyn Dinyson, der bisherige Sprecher, dürfte ohne Opposition wieder gewält werden.

Der Fenier Stephens soll in Paris ein Asyl gefunden haben.

Rußland.

In Taganrog sind vom 21. bis 28. October (v. s.) 266 Personen an der Cholera erkrankt, 133 genesen, 59 gestorben und 74 in weiterer Pflege verblieben.

Am 3. Oct. (v. s.) hat der Metropolit Isidor die vom Kaufmann Rusanow neu aufgebaute griechisch-orientalische Kirche im Dorf Palkal in Finnland, Gouvernement Wiborg, welche dem h. Apostel Andreas gewidmet wurde, feierlich eingeweiht.

Nach dem „Kiew. Tel." zählte im vergangenen Schuljahre 1864/65 die St. Wladimir-Universität in Kiew 232 Studenten, u. zw. in der historisch-philologischen Facultät 18, in der physisch-mathematischen 69, in der juridischen 97 und in der medicinischen 48. Am Schlusse des Schuljahres zählte dieselbe 519 Studenten und überdieß 55 außerordentliche Hörer.

Auf allerhöchsten Befehl ist der Chef der 7. Infanterie-Division Generallieutenant Bellegarde II. zum Commandanten in Dünaburg, und an seine Stelle der Chef des Petersburger Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm III., Generalmajor Karcow ernannt worden.

Amerika.

Aus Rio de Janeiro, 8. November, wird vom Kriegsschauplatze geschrieben: Die alliirte Armee scheint seit der Wiederbesetzung von Uruguayana günstige Aussichten zu haben, den Krieg mit Paraguay baldigst zu beendigen. Präsident Lopez soll das Vertrauen zu seinen Generälen verloren haben und seine Armee zieht sich aus der Provinz Corrientes nach Paraguay zurück, nach vorheriger Verwüstung des Landes und Zerstörung aller Lebensmittel, wodurch den Alliirten großer Nachtheil erwächst. Das brasilianische Geschwader hatte Bella Vista erreicht, mußte aber hier wegen des niedrigen Wasserstandes abermals liegen bleiben. Der Kaiser wird übermorgen in Rio erwartet und es werden großartige Anstalten zu seinem Empfange getroffen. Ein heftiger Sturm bei Mercedes hat das Vorrücken der Alliirten sehr aufgehalten.

Wir berichteten bereits, daß die Insurgenten unter Salnave in Cap Hayti sich eine Beleidigung des englischen Consulates zu Schulden kommen ließen, indem sie in dasselbe mit Gewalt eindrangen und mehre Haytier, die daselbst Zuflucht gefunden hatten, herausrissen und erschossen. Wie die letzten Berichte von dort (10. Nov.) melden, hat der Commandant des englischen Kriegsschiffes „Galatea" ein Ultimatum an die Insurgenten gerichtet, des Inhalts, daß Salnave und alle Mitglieder des Revolutionsausschusses sich ohne Bedingung an Bord der „Galatea" stellen sollten. Wo nicht, würden die „Galatea" und ein zweites englisches Kriegsschiff die Forts zu bombardiren beginnen. — Salnave soll dem Commandanten des dort ankernden amerik. Kriegsschiffes „Se Soto" das Anerbieten gemacht haben, auf Cap Hayti die nordamerikanische Flagge aufzuziehen, wenn der amerikanische Commandant den Ort gegen die Engländer in Schutz nehmen wolle. Das Anerbieten fand kein Gehör.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 9. December.

* Der wie des Gauklers Zuruf „Immer herein meine Herrschaften" lockende Titel des gestern gegebenen Lustspiels von Kaiser „Geld! Geld! Geld!" hatte nur wenige Leute in's Theater geführt. Es muß etwas faul sein im Staate Dänemark. Die Darsteller waren es gestern nicht und einmal anhören läßt sich das in der bekannten Manier des Wortspiele haschenden Autors bearbeitete Stück auch trotz der verbrauchten Motive von unverhoffter Erbschaft und uneigennütziger Liebe. Ebenso unverhofft zurückgekehrt als verschwunden, spielte Hr. Kochansky, für Herrn Söld engagirt, den bestraften Erbschleicher mit gutem Erfolg Montag geht eine gerühmte Operette von Raphael nach Bene'ischem Lustspielstoff in Scene. Die lange erwarteten „schönen Weiber" werden in nächster Woche an die Reihe kommen. — Im polnischen Theater, das morgen ebenfalls mit einer Kaiser'schen Piece (des Schauspielers letzte Rolle) debütirt, wurde vorgestern Fredro zweimal vorgeführt und die geistreiche Tollheit der „Damen und Husaren" vom vollen Hause auch diesmal beifällig aufgenommen. Nächstens Schiller's „Don Carlos" im polnischen Gewande.

* Die k. k. Krakauer Gelehrten-Gesellschaft spricht nach Empfang der Summe von vier tausend Gulden österr. Währung im Baaren, welche, wie erwähnt, der hiesige Bürger und Banquier Herr Ludwig Helcel v. Sternstein zum Ausbau des Vereinshauses geschenkt, dem edelmüthigen Spender für diese so namhafte Unterstützung öffentlich ihren lebhaftesten Dank aus. Für den (in Lemberg als Landtagsabgeordneten weilenden) Präsidenten ist Dr. Skobel, als Secretär Herr Hip. Seredyński unterzeichnet.

†† Vor einigen Tagen wurde einem hiesigen Domherrn ein bedeutender Betrag an Werthpapieren und Baarschaft, etwa 800 fl. durch den eigenen Bedienten gestohlen. Es gelang der Sicherheits-Behörde den größten Theil des Gestohlenen auszuforschen und den Thäter zu verhaften, ehe noch der Beschädigte den an ihm begangenen Diebstahl gewahr wurde.

†† Der „Czas" meldete vor einigen Tagen, daß einem Herrn auf der Plantation durch einige Soldaten eine Uhr gestohlen wurde. Die Thäter wurden sogleich ausgemittelt und von der Militärbehörde in Haft genommen. Auch die Uhr ist bereits von der Sicherheitsbehörde aufgefunden, doch hat sich der Eigenthümer um die Rückstellung derselben noch nicht gemeldet.

* Einem von uns eingesehenen Privatbriefe aus Posen entnehmen wir folgende Stelle: „....Die Theilnahme für unsere Landsleute in Krakau und Galizien ist eine so stete und große, daß die Amnestie auch hier viel Freude verursacht hat. Jedenfalls wäre die Freude hier bedeutend größer gewesen, wenn auch hier Amnestie ertheilt worden wäre, was man täglich sehnlichst wünscht."

α Der in Tarnow wohnhafte pensionirte k. k. Rittmeister Hr. Thomas Nalepa hat sich am 24. v. durch einen Pistolenschuß entleibt.

α In Tarnow ist dieser Tage eine Flugschrift unter dem Titel „Der Schwätzer" erschienen. Die erste Nummer erhält u. a. die Nachricht, daß der Stadtrath, Hr. Polityński, in einer Sitzung des Gemeindeausschusses den Antrag stellte, Sr. Excellenz dem Staatsminister Grafen Belcredi im Namen der Stadt für seine und der ganzen Regierung bisheriges constitutionelles Verfahren eine Dankadresse zu senden mit Glückwünschen zum Vorhaben und Ausdauern auf dem betretenen Wege. Der Autor des Artikels belobt diesen Schritt des Hrn. Polityński und schlägt vor, daß der Ausschuß unverzüglich eine außerordentliche Sitzung ad hoc berufe und dem Gfn. Belcredi, unter dessen Verwaltung die Völker Oesterreichs auflebten, außer der Adresse gleichzeitig ein Diplom zum Ehrenbürger der Stadt Tarnow ausfertige. „Es sollen alle, auch diejenigen wissen, denen Gf. Belcredi ein Dorn im Auge ist, daß unsere Stadt das kostbarste Kleinod sehr gern mit dem Manne theilt, welcher trotz der Intriguen reactionärer Parteien der erste war, der das officielle Banner der constitutionellen Freiheiten aufgepflanzt hat."

α Der polnische Schriftsteller Stanislaus Koźmian hat Shakespeare's „Sommernachtstraum" übersetzt und herausgegeben, und beabsichtigt sämmtliche Werke des ersten dramatischen Dichters der Welt ins Polnische zu übertragen.

α Die „Gaz. nar." registrirt folgende Brandunfälle: In Makowisko, Przemysler Kreises, ist am 26. v. M. ein Bauernhaus mit Wirthschaftsgebäuden, Bienengarten, der ganzen diesjährigen Fechsung und jener vergangener Jahre ein Raub der Flammen geworden. Der Schade beträgt an 1390 fl. In Kamionka, Złoczower Kreises, ist am 26. v. M. ein Haus abgebrannt. Der Schade beläuft sich auf 2000 fl. In Dobrotwór, Złoczower Kreises, sind am 26. v. Nachts die Wirthschaftsgebäude zweier Landleute niedergebrannt. Der Schade wird an 1000 fl. öst. W. geschätzt.

* Die galizische Carl-Ludwigsbahn hat im Monat November 302,647 fl., gegen 241,137 fl. in demselben Monate des Vorjahres, also in diesem Jahre 61,510 fl. mehr eingenommen; die Gesammteinnahme der 11 Monate d. J. von 2,915,935 fl. bleibt um 1,760,507 fl. gegen dieselbe Priode des Vorjahres zurück.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Dem Herrn Gutsbesitzer Michael Ritter von Popowicz ist, wie die „Buk." aus Czernowitz, 2. d. meldet, die Bewilligung zur Vornahme technischer Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Czernowitz bis an den Dniestr vor Zaleszczyki vom Handelsministerium ertheilt worden. Diese Linie bildet die Fortsetzung der von dem Genannten projectirten Verbindungsbahn, welche bei Paltinosa von der aus Ungarn von der Theiß-Bahn über Szigeth an die moldanische Grenze zu führenden Hauptbahn abzweigen soll.

Berlin, 7. December. Böhmische Westbahn $73\frac{5}{8}$. — Gal. 90. Staatsb. 114. — Freiwill. Anlehen 100. — 5perc. Met. $59\frac{8}{5}$. — Nat.-Anl. $62\frac{1}{4}$. — Credit-Lose 75. — 1860er-Lose 80. — 1864er Lose $48\frac{7}{8}$. — 1864er Silber-Anleh. 68. — Credit-Actien $75\frac{3}{4}$. — Wien —.

Paris, 7. December. Schlußcourse: 3percent. Rente 68.87. — $4\frac{1}{2}$perc. Rente 97.25. — Staatsbahn 431. — Credit-Mobilier 883. — Lombard 422. — Oester. 1860er Lose —. — Piemont. Rente 65.20. — Consols $87\frac{7}{8}$. — Oesterr. Anlehens-Oblig. 344.25.

Lemberg, 6. December. Holländer Ducaten 5.04 Geld, 5.09 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.06 Geld, 5.11 W. — Russischer halber Imperial 8.68 G., 8.81 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.64 G., 1.67 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.38 G., 1.40 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.57 G., 1.59 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 67.38 G., 68.02 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 70.75 G., 71.54 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 68.23 G., 68.87. W. — National-Anlehen ohne Coup. 65.65 G. 66.38 W. — Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 188.33 G. 191.33 W.

Krakauer Cours am 7. Dec. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 113 verl., 110 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 121 verl. 118 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. $85\frac{1}{2}$ verlangt, $83\frac{1}{2}$ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 486 verl., 476 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. $139\frac{1}{2}$ verl., $136\frac{1}{2}$ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 159 verl., 156 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler $95\frac{3}{4}$ verl., $94\frac{3}{4}$ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung. $106\frac{1}{4}$ verl., $105\frac{1}{4}$ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.12 verl. 5.02 bez. — Napoleondors fl. 8.55 verl., fl. 8.40 bez. — Russische Imperials fl. 8.80 verl., fl. 8.65 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 70.— verl. 69.— bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 73.25 verl., 72.25 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 69.75 bez. 68.75 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons fl. östr. Währ. 191.— verl., 189.— bez.

Neueste Nachrichten.

München, 7. Dec. Die heutige „Bair. Ztg." meldet, der König, informirt über die thatsächlichen Verhältnisse, welche dem in jüngster Zeit vielbesprochenen Conflict zu Grunde liegen, habe sich anläßlich der erhaltenen Erklärungen entschlossen Herrn Richard Wagner den Wunsch auszudrücken, daß derselbe einige Monate aus Baiern verreisen möge.

Frankfurt, 7. Dec (Bundestagssitzung.) In der Rostoker Nationalvereinsangelegenheit wird dem Ausschußantrage gemäß d. Regierung von Mecklenburg zur Berichterstattung aufgefordert.

Brüssel, 6. Dec. Privatnachrichten zufolge ist der Zustand des Königs noch immer bedenklich. Die letzte Nacht verbrachte er unruhig. Die Schwäche nimmt zu, die Dysenterie und der Mangel an Appetit dauern fort.

Brüssel, 7. Dec. Der heutige „Moniteur belge" veröffentlicht nachstehendes Bulletin: „Die Schwäche ist dasjenige Symptom, welches in dem Zustande des Königs vorzuherrschen fortfährt." Laeken, 6. December. Gez.: Wimmer; De Roubain.

Kopenhagen, 6. Dec. In der heutigen Sitzung des „Volksthing" legte der Finanzminister das Kriegssteuergesetz für 1866 im Gesammtbelaufe von 2.750.000 Rigsdaler vor.

Kopenhagen, 7. Dec. „Berlingske Tidende" spricht sich in einem officiösen Artikel scharf gegen die Versuche aus, durch öffentliche Versammlungen (Casino) oder Zeitungsartikel (Dagbladet) die Vorstellung hervorzurufen, als ob die Regierung unfrei und Beeinflussungen unterworfen sei. Der Standpunct der Regierung in der Herzogthümerfrage sei die loyale Erfüllung des Friedenstractates, auch des Artikels 3; entgegengesetzte Bestrebungen zu unterstützen, wäre dem wahren Wohle des Vaterlandes schädlich. Alle Gerüchte von Verhandlungen dänischer und ausländischer Diplomaten betreffs Schleswigs seien unbegründet. Dänemark habe keinen derartigen Schritt gethan. Ebenso unwahr sei die Vorstellung, die Regierung stände in irgendwelcher Verbindung mit untergeordneten Agenten und Correspondenten im Auslande. Es sei wünschenswerth, daß die Presse es unterlasse, Hoffnungen in der Bevölkerung zu erwecken, die Dänemark in den gegenwärtigen Verhältnissen nicht befriedigen könne.

Stockholm, 7. Dec. Im Ritterhause haben bis nun eilf Redner gegen, siebenzehn für den Antrag der Regierung besprochen. Die Entscheidung wird morgen erwartet. Der Minister Manderström kündigte an, im Falle der Ablehnung werde er denselben Antrag unmittelbar in Form eines einfachen Gesetzvorschlages einbringen.

Stockholm, 7. Dec. Abends. Die Adelskammer hat den Reformvorschlag mit 361 gegen 294 Stimmen angenommen. Der Priesterstand entscheidet morgen; derselbe wird wahrscheinlich zustimmen. Es herrscht großer Jubel.

Florenz, 6. December. Nach zweimaliger engerer Wahl zwischen Mari und Mordoni wählte die Kammer mit 141 von 273 Stimmen Mari zum Präsidenten.

Rom, 6. Dec. Durch Decret des Papstes wird jedes Agio auf päpstliche Münzen untersagt.

New-York, 25. Nov. (Abends.) Nachrichten aus Brownsville vom 15. d. M. zufolge beschossen die Kaiserlichen ein Schiff der Union auf dem Rio Grande. General Weitzel verlangte Erklärungen.

New-York, 25. Nov. Der Chef der Werbestation in Pensylvanien erhielt den Befehl, 450 Mann Cavallerie nach dem Golf-Departement zu schicken. Der Gouverneur von Alabama empfiehlt der Legislatur die Abschaffung der Sclaverei und den Schutz der Neger. Der „New-York Times" zufolge hat das Gouvernement keinen Grund, die Auslieferung der Mannschaft vom „Shenandoah" zu verlangen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 8. auf den 9. December.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Wielowiejski Adam nach Polen, Wołokowicz Konst. nach Wien, Rucki Peter nach Polen.

K. k. Theater in Krakau. Heute: „Die Gefangenen der Czarin" Lustspiel v. Bayard und „Fitzliputzli", Operette v. Zaitz. Morgen: „Ostatnia rola aktora" Lustsp. v. Kaiser und „Sto za sto" Lustspiel v. Thibaut.

Amtsblatt.

Kundmachung. (1215. 3)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckschrift: „Palingenesie der Hölle, in vier Gesängen, episches Intermezzo zwischen den Acten der Zeit, Altona, 1865, Verlag von A. Mentzel, Druck von H. Neuburger in Dessau," den Thatbestand des Verbrechens der Religionsstörung, des Vergehens der Beleidigung gesetzlich anerkannter Kirchen und des Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit nach § 516 St. G. B., strafbar nach den §§ 122 lit. a, 303 und 516 St. G. B. begründe und verbindet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Wien am 28. October 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:
Boschan m. p.
Der k. k. Rathssecretär:
Thallinger m. p.

Nr. 62427. **Kundmachung.** (1245. 2-3)

Am k. k. akademischen und II. Obergymnasium in Lemberg kommen je eine Lehrerstelle, mit welchen ein Gehalt jährlicher 945 fl. ö. W. mit dem Rechte der Vorrückung in die höhere Gahaltsstufe jährlicher 1050 fl. ö. W. und dem systemmäßigen Anspruche auf Decennalzulagen verbunden ist, zur Besetzung.

Für diese Stellen wird die Befähigung zum Lehramte der classischen Philologie nach den Bestimmungen des Prüfungsgesetzes für das Gymnasiallehramt (§ 5 Punct 1, lit. a oder c) erfordert.

Die Befähigung zur Ertheilung des deutschen Sprachunterrichtes in den oberen Classen des Gymnasiums verleiht unter sonst gleichen Umständen den Vorzug vor andern Mitbewerbern.

Zur Besetzung dieser Lehrerstellen wird der Concurs bis 20. Dezember 1865 ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre an das hohe Staatsministerium stilisirten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der k. k. galizischen Statthalterei unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihrer Studien so wie der erlangten Lehrbefähigung zu überreichen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 19. November 1865.

Z. 33149. **Kundmachung.** (1243. 3)

In der ersten Hälfte des Monats November l. J. ist laut ämtlichen Nachweisungen die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 10 Ortschaften neu ausgebrochen, u. z.: in Zagórze in den zu diesem Orte gehörigen zwei Meierhöfen Pietrówka und Michałówka, in Czystopady, Jazłowczyk des Złoczower, Przemyśl, Hermanowice des Przemyśler, Winniki des Lemberger, Sadzawki des Tarnopoler und Werbisz des Samborer Kreises. Erloschen ist diese Seuche in 10 Ortschaften, u. z.: in Seretce, Blich, Brzowica des Złoczower, Bóbrka des Brzeżaner, Butyny, Zastawie des Żołkiewer, Maliszkowice, Dawidów des Lemberger, Wychwatyńce und Obarzańce des Tarnopoler Kreises.

Es werden noch 41 Seuchenorte ausgewiesen, von denen 11 dem Złoczower, 9 dem Żołkiewer, 8 dem Lemberger, je 4 dem Tarnopoler und Brzeżaner, 3 dem Przemyśler, je 1 dem Czortkower und Samborer Kreise angehören.

Diese Mittheilung der k. k. Statthalterei in Lemberg vom 18. d. M. über den Seuchenstand in Ostgalizien wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 30. November 1865.

Z. 26250. **Licitations-Ankündigung.** (1249. 1-3)

Vom Magistrate der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur Verpachtung des Geflügel-Aufschlages bei der israelitischen Cultus-Gemeinde auf die Zeit vom 1. Jänner 1866 bis 31. Dezember 1866 am 20. Dezember 1865 im Magistratsgebäude im V Departemente bis 6 Uhr Abends eine Versteigerung mittelst schriftlicher Offerte abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 9191 fl. ö. W.

Das Vadium beträgt 920 fl. ö. W.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des V. Magistrats-Departements eingesehen werden.

Krakau, am 4. Dezember 1865.

L. 18491. **Obwieszczenie.** (1240. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski p. Karolowi hr. Romerskich niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Mojżesz Orange przeciwko temuż względem zapłacenia sumy wekslowéj w kwocie 700 złr. w. a. z przyn. pod dniem 29 listopada 1865 do l. 18491 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, wskutek czego nakaz płatniczy pod dniem 29 listopada 1865 do l. 18491 wydanym został.

Ponieważ pobyt zapozwanego p. Karola hr. Romerskircha obecnie niewiadomym jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebespieczeństwo zapozwanego tutejszego adwokata Dra. Kaczkowskiego ze substytucyą p. adw. Dra. Grabczyńskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanemu, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub téż innego obrońcę obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisanych środków użył, inaczéj z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 29 listopada 1865.

Ankündigung. (1247. 2-3)

In der Vergleichsmasse des Hrn. Felix Gumplowicz in Krakau, wird der Termin zum Vergleiche auf den 20. Dezember 1865 um 10 Uhr Vormittags bestimmt, zu welchem alle Gläubiger in meine Amtskanzlei sub Nr. 83 Gm. VII (Piasek) vorgeladen werden.

Krakau, am 5. Dezember 1865

Franz Jakubowski,
k. k. Notar als Gerichts-Commissär.

Kundmachung. (1242. 2-3)

Die durch den Umbau der Weichselbrücke bei Oświęcim gewonnenen alten Brückenhölzer werden in öffentlicher Versteigerung am 13. d. M. an Jedermann gegen sogleichen Erlag der Erstehungssumme an Ort und Stelle hintangegeben.

Krakau, am 5. Dezember 1865

Im Auftrage der Direction der a. p. kais. Ferd. N.-Bahn
Potyka,
Ob.-Ing. u. Bahn-Abth.-Vorstand.

Wiener Börse-Bericht

vom 7. Dezember.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	59.—	59.25
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	65 40	65 [illegible]0
vom April — October	65.40	65.60
Metalliques zu 5% für 100 fl.	62 10	62.25
dtto „ 4½% für 100 fl.	55 75	56 25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	139 —	139.50
„ 1854 für 100 fl.	79 25	79.75
„ 1860 für 100 fl.	92 50	92 75
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	76.40	76.6
„ „ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	18.—	18.2

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Oster. zu 5% für 100 fl.	82.50	83.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	81.50	82 —
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88.25	88 75
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88 —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	69.75	70 25
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	68.50	69.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	70.—	71 —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.—	67 75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	64 50	65 25
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.—	67.—

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	762.—	764 —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	158 —	158 20
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W.	580.—	583.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1655.	1660.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	179.50	179.70
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	179.50	18[illegible].50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	121.—	121 50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	187.—	187.50
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	68.—	70.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	152.75	153.25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	110.—	110.25
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147 —
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	439.—	441 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	217.—	219 —
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	390.—	395. —
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	368.—	372. —

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.50
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.75	93.—
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.40	88.60
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	67.25	67.75

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	118.25	118.50
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	75.50	76.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	108.50	109.50
„ „ zu 50 fl. CM.	48.25	48.75
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	21.—	22.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	62.—	66.—
Salm zu 40 fl. „	25.50	26.—
Palffy zu 40 fl. „	21.50	22.50
Clary zu 40 fl. „	21.50	22 50
St. Genois zu 40 fl. „	21.50	22.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	14.50	15 50
Waldstein zu 20 fl. „	16.—	17.—
Keglevich zu 10 fl. „	12.—	12.50
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.75	12.—

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 6%	88.60	88 70
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5½%	88.65	88.70
Hamburg, für 100 M. B. 5%	78.75	78.90
London, für 10 Pf. Sterl. 6%	105.10	105.40
Paris, für 100 Francs 4%	42.—	42.05

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.	fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 10	— —	5 09	5 09
„ vollw. Dukaten	5 10	— —	5 09	5 09
Krone	— —	— —	— —	— —
20 Francstücke	8 48	— —	8 46	8 47
Russische Imperiale	— —	— —	8 70	8 73
Silber	— —	— —	105 50	105 75

Warnung.

Nachdem Herr **Hugo Artl** in Krakau schon seit zwei Monaten kein Mehl aus der Dampfmühle zu Szczepanowice bezieht, trotzdem aber beharrlich unsere Firmatafel beibehält und Producte anderer Mühlen mittelst Szczepanowice'r Preis-Courants ausbietet, so warnen wir hiemit unsere Herren Abnehmer und ein verehrtes P. T. Publicum vor Irreführung, und bemerken zugleich, daß wir gegen Herrn Hugo Artl den gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen werden.

Szczepanowice, den 1. Dezember 1865.

Die Dampfmühl-Verwaltung
(1230. 3) ***W. Neweklowsky.***

Erwiderung.

Obzwar ich wirklich seit 8 Wochen kein Mehl aus der Szczepanowice'r Mühle bezogen habe, kann ich leider das von solcher bezogene, immer noch nicht räumen, da das Mehl anderer Mühlen dem Szczepanowice'r vorgezogen wird; solange ich also Lager habe, werde ich dasselbe nur als solches verkaufen, und überlasse der Mühle, gegen diesen reellen Vorgang zu thun, was sie will.

Krakau, am 5. Dezember 1865.

(1248. 2) ***Hugo Artl.***

Kundmachung.

Die Handels- und Gewerbekammer für Krakau und den westlichen Theil Galiziens macht hiemit bekannt, daß vom 1. Dezember l. J. angefangen, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, die Amtsstunden des Bureau's der Kammer von 8 bis 2 Uhr Vormittags dauern.

Das Bureau befindet sich Nr. 178/309 Weichselgasse, im 2. Stockwerke.

Krakau, am 30. November 1865. (1221. 3)

Z. 18500. **Licitations-Ankündigung.** (1238. 3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnow wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß behufs Verpachtung der Verzehrungssteuer vom Fleischverbrauche in den nachstehend angeführten Pachtbezirken für das Solarjahr 1866 und bedingungsweise auch für die Solarjahre 1867 und 1868 die öffentliche Pachtversteigerung hieramts abgehalten werden wird, und zwar:

Benennung des Pachtbezirkes	Tarifs-Classe	Ausrufspreis für zwölf Monate fl.	kr.	10% Vadium fl.	Tag der Abhaltung der Licitation
Baranów	III	1567	86	157	Am 19. Dezember 1865 Vormittags
Jasło	III	2505	—	251	Am 20. Dezember 1865 Vormittags
Zabno	III	2005	—	201	Am 22. Dezember 1865 Vormittags.

Tarnow, den 30. November 1865.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tage von	bis
8	2	337''' 93	— 1°4	91	Ost-Nord-Ost stark	„			
	10	38 00	— 3,3	100	Süd-West still	trüb		−4°2	+1°4
9	6	37 69	— 3,4	94	Süd-West still	Reif	Reif		

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von **Krakau** nach **Wien** 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach **Breslau,** nach **Ostrau** und über **Oderberg** nach Preußen und nach **Warschau** 8 Uhr Vormittags; — nach **Lemberg** 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach **Wieliczka** 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach **Krakau** 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach **Krakau** 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach **Krakau** 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von **Wien** 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von **Breslau** 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von **Warschau** 9 Uhr 45 Min. Früh; — von **Ostrau** über **Oderberg** aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von **Lemberg** 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von **Wieliczka** 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von **Krakau** 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**